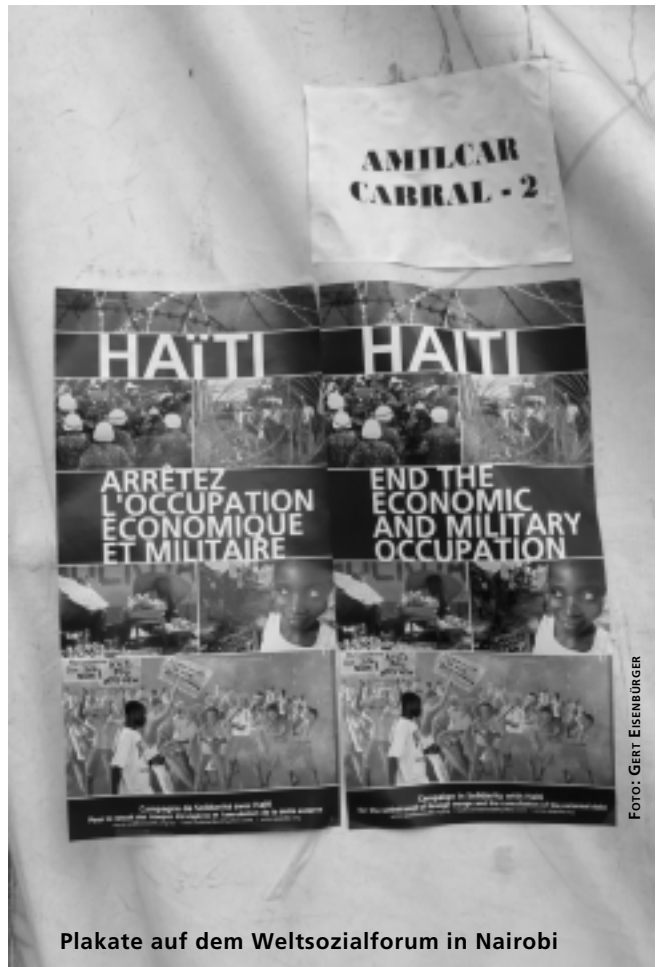


Nach dem Sturz des demokratisch gewählten Präsidenten Jean-Bertrand Aristide im Februar 2004 übernahm die so genannte „internationale Gemeinschaft“ die Macht in Haiti. Zwar wurde eine Übergangsregierung eingesetzt, aber faktisch liegt die politische Entscheidungsbefugnis in den Händen der MINUSTHA, der „Internationalen UN-Mission zur Stabilisierung Haitis“. Die UN-Truppen in Haiti stehen unter brasilianischem Kommando und setzen sich größtenteils aus lateinamerikanischen Soldaten, u.a. aus Argentinien, Brasilien, Chile, Ecuador und Uruguay, zusammen. Die politische Kontrolle übt die internationale Gebergemeinschaft aus, der die USA, Kanada, Frankreich, Japan, Norwegen sowie der IWF, die Weltbank und die EU angehören. War die internationale Kontrolle Haitis bis zum vergangenen Februar noch damit zu rechtfertigen, dass es keine demokratisch legitimierte Regierung in dem Karibikstaat gab, ist dies heute obsolet. Denn im Februar 2006 wurde René Préalval zum Präsidenten gewählt und seit dem vergangenen April ist seine Mitte-Links-Regierung im Amt. Doch anstatt diese zu stützen, scheinen MINUSTHA und die internationale Gebergemeinschaft vor allem bestrebt, die Regierung Préalval zu destabilisieren. Tsigereda Walelign, Mitarbeiterin der Fraktion der Grünen im Europaparlament, war im Oktober 2006 mit einer Parlamentsdelegation in Haiti. Im folgenden Beitrag beschreibt sie ihre Eindrücke.



Plakate auf dem Weltsozialforum in Nairobi

## Die Rückkehr des Kolonialismus

Wie die „internationale Gemeinschaft“ ein Land zerstört

**M**ein erster Eindruck: Es ist alles noch schlimmer geworden, politisch, wirtschaftlich, sozial und auch, was die Umwelt betrifft. Vor sieben Jahren war ich zum ersten Mal in Haiti gewesen. Als ich im November 2006 zum zweiten Mal vom Flughafen aus in die Stadt fuhr, musste ich schlucken.

VON TSIGEREDA WALELIGN

Schon auf der Straße zu dem Hotel, wo die meisten internationalen Delegationen absteigen, wird man von einem Gefühl der Unsicherheit erfasst. Soldaten der MINUSTAH (Internationale UN-Mission zur Stabilisierung Haitis) patrouillieren entlang der großen Achsen der Hauptstadt Port au Prince. Auf die Polizeisirene, die der Delegation den Weg durch den Verkehr bahnt, reagieren Passanten teils mit Gleichgültigkeit, teils mit einem Blick, aus dem „mir reicht's“ spricht. Eine Szene würde sich in den folgenden Tagen stets wiederholen: vorneweg die Polizeisirene, dahinter die Karawane unserer Delegationsfahrzeuge. Bei der Ankunft vor einem der Ministerien, wo wir Regierungsverantwortliche treffen, springen bewaffnete Soldaten in Position und sichern den Eingang. Überall Panzer und schussbereite Uniformierte. Haiti erweckt den Eindruck eines besetzten Landes.

Der Staat selbst ist in einigen Stadtteilen, den so genannten roten Vierteln, vollkommen abwesend. Ebenso die MINUSTAH. Banden haben hier das Sagen. Wobei es verschiedene Kategorien von Banden gibt. Da sind die Organisationen à la Robin Hood. Ihre Einkünfte stammen aus Lösegeldzahlungen nach Kidnapping. Mit dem Geld, das sie solchermaßen „abschöpfen“, unterhalten sie Schulen, sorgen für Nahrungsmittel, finanzieren Gesundheitsversorgung usw. Der geforderte Tarif kann mehrere tausend Dollar betragen. Aber oft geht die Sache schief. Während unseres Aufenthalts wurde ein junges Mädchen von knapp 20 Jahren gekidnappt. Obwohl die Familie 2000 Dollar bezahlte, wurde die Geisel umgebracht. Die Täter hatten den Verdacht, dass die Familie mit der Polizei kooperierte. Andere Banden sind von vornherein gemeine Kriminelle. Wieder andere stehen in Verbindung mit kolumbianischen Drogenkartellen usw. Meine beiden Reisen fanden im Rahmen einer Delegation des Europäischen Parlaments statt. Daher hatte ich relativ leichten Zugang zu RegierungsvertreterInnen wie auch zu Mitgliedern sozialer Organisationen, was bei einer normalen Reise viel zeitaufwendiger vonstatten gegangen wäre. 1999 war die Lage im Land in gewisser Weise vergleichbar mit der von 2006. Institutionell gesehen gibt es Kontinui-

täten. Der damalige Präsident, René Prével, ist 2006 wiederum zum Staatsoberhaupt gewählt worden. Der derzeitige Premierminister Jacques Elouard Alexis war damals gleichfalls in diesem Amt. Ich war erstaunt, wie floskelfrei die Rede beider war. Sie präsentierten eine glasklare Analyse der Situation. Aber die Schwierigkeiten, in denen das Land steckt, sind außerordentlich komplex. In vielerlei Hinsicht ein Teufelskreis.

**D**er Fall der Duvalier-Diktatur im Jahre 1986 hatte große Hoffnungen auf den Aufbau einer demokratischen Gesellschaft geweckt. Es schien möglich, einen Prozess der nachhaltigen Entwicklung in Gang zu setzen, auf der Basis der Achtung der Menschenwürde und der Menschenrechte, auch der wirtschaftlichen und sozialen. Der Staatsstreich von 1991 gegen den damaligen demokratisch gewählten Präsidenten Aristide machte den Aussichten auf Demokratie ein jähes Ende. In der Folgezeit sank das Land immer tiefer ins Chaos.

Seither ist die Rückkehr zur Demokratie ein Hindernislauf auf allen Ebenen, was die Demokratisierung der Gesellschaft betrifft ebenso wie die Strategie einer eigenständigen ökonomischen Entwicklung.

Im Oktober 1994 gelangte Aristide nach einer militärischen Intervention zurück an die Macht, insbesondere unterstützt von US-amerikanischer Seite, was die Sache nicht einfacher machte. Die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen zwischen 1997 und 2006 führten weder zur politischen Stabilisierung noch brachten sie wirtschaftliche Entwicklung. Dennoch verhalfen die Wahlen vom Februar 2006 einer legitimen Regierung und einem demokratischen Parlament ins Amt. Doch der Spielraum der haitianischen Regierung, eine eigenständige Entwicklungspolitik in Gang zu bringen, ist weiterhin sehr begrenzt. Die strukturelle Wirtschaftskrise und die alltägliche Unsicherheit für die Bevölkerung sind schwere Handicaps.

Nur 34 Prozent des Staatshaushalts stammen aus eigenen Ressourcen. Die restlichen 66 Prozent kommen von internationalen Geldgebern, die ihre eigenen Forderungen haben. Selbst einer demokratisch gewählten Regierung sind in solch einem Fall die Hände gebunden.

Seit dem Fall Aristides bildeten die USA, Kanada, Frankreich, Japan, Norwegen sowie der IWF, die Weltbank und die Europäische Union eine Gebergruppe, die den demokratischen Übergang begleiten soll. Sie sagten Haiti insgesamt 1,8 Milliarden Dollar zu, über 750 Millionen aus diesem Topf wurde im Juli 2005 entschieden. Seit 2004 trifft sich die Gruppe alle sechs Monate, um Bilanz zu ziehen. Eine der Bedingungen zur Unterstützung der haitianischen Regierung war die Abhaltung von freien und transparenten Wahlen. Die Wahlen fanden im Februar 2006 statt, ihre Ergebnisse wurden allgemein als demokratisch gewertet, aber die Geber zieren sich. Was wollen sie also wirklich? Einen demokratischen Prozess unterstützen und dabei den Willen des Landes respektieren oder sich direkt oder indirekt an dessen permanenter Destabilisierung beteiligen?

Bei der letzten Geberkonferenz in Madrid letzten November bat Premierminister Alexis, ihm die Verwaltung der Hilfsgelder zu übertragen. Diese Bitte spricht für sich. Wie kann es sein, dass eine demokratische Regierung nicht frei nach



eigenen Prioritäten über zugesagte Entwicklungsgelder bestimmen darf?

Es ist heutzutage nicht ungewöhnlich, Regierende aus der Dritten Welt, insbesondere aus Afrika, mit ihren Arbeitsprogrammen in der Hand vor internationalen Gebern katzbuckeln zu sehen. Diese Geber sagen dann gemäß ihren eigenen wirtschaftlichen Interessen zu oder ab, ohne dass die Nehmer die geringste demokratische Kontrolle über diese Entscheidung hätten. Die ganze Rhetorik über Armutsbekämpfung und die Notwendigkeit des Aufbaus demokratischer Regime ist nichts als ein Lippenbekenntnis, das ganz andere Ziele verbirgt.

Alle grundlegenden Entscheidungen, die sämtliche Aspekte des Alltags von immerhin 8,3 Millionen HaitianerInnen betreffen, sei es auf politischer, wirtschaftlicher, sozialer und Umweltebene, werden ganz offensichtlich ohne deren Beteiligung getroffen. Wenn das keine koloniale Beziehung ist, ist sie ihr zumindest sehr ähnlich.

Nach relativem wirtschaftlichem Wohlstand in den 70er Jahren begann in den 80ern in Haiti der Niedergang und wird seither immer stärker. Abgesehen vom kurzen Intermezzo der ersten Amtszeit Aristides befolgten die anschließenden Regierungen Buchstabe für Buchstabe die ihnen von den Geldgebern vorgeschriebenen neoliberalen Rezepte. Die Möglichkeiten einer nachhaltigen Landesentwicklung gingen dabei den Bach hinunter. 800 000 Arbeitsplätze gingen mit dieser Politik verloren, die bäuerliche Landwirtschaft ist zerstört und Armut grassiert massiv. Heute ist der haitianische Staat aus einem einfachen Grund unfähig, die Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen: Er verfügt über kein entsprechendes Budget.

Jenseits der hehren Sprüche von Armutsbekämpfung oktroyieren die Geber den begünstigten Ländern allzu häufig ihre eigenen Prioritäten gemäß der Devise „We decide, You owe“ auf, wie es eine europäische Nichtregierungsorganisation treffend im Hinblick auf die EU-Politik formulierte. Die Prioritäten der EU sind in Haiti beispielsweise gute Regierungsführung und Ausbau des Straßennetzes, während für die haitianische Regierung die Wiederherstellung des Hafens der Hauptstadt Vorrang hat, der Schätzungen zufolge 100 bis 200 Millionen Dollar im Jahr an Einkünften bringen soll. Für die Bevölkerung steht die Entwicklung ländlicher Infrastrukturen an allererster Stelle, um die Dörfer aus ihrer Isolierung zu lösen. Aber die EU zieht den Bau einer großen Straße zwischen Haiti und der Dominikanischen Republik vor. Ziel: Handelsförderung. Unseren Informationen zufolge wird die Dominikanische Republik Grundnahrungsmittel nach Haiti ausführen und Haiti umgekehrt aus den USA importierte Produkte in die Dominikanische Republik exportieren, insbesondere Elektronik. Damit werden kleine Bauern und Bäuerinnen weitab vom Schuss auch in Zukunft keinerlei Infrastruktur erhalten, um ihre Produkte auf den Markt zu bringen. Die billige Konkurrenz aus dem Nachbarland wird sie zudem noch mehr in Existenznöte bringen.

Was den zweiten Schwerpunkt der EU-Hilfe betrifft, die „gute Regierungsführung“, so wurde dieses Konzept längst von der guten öffentlichen Verwaltung zur Korruptionsbekämpfung ausgedehnt auf weitere Konditionalitäten.

**U**nsere Besuch war der Anlass für Demonstrationen, um den Abzug von MINUSTHA zu fordern. Es gibt erhebliche Kritik an der UN-Truppe. Eine der Fragen, die sich die Bevölkerung stellt, ist, warum MINUSTHA nicht die



Banden entwaffnet, wenn ihr Ziel doch ist, die Sicherheit der Bevölkerung zu garantieren. MINUSTHA entgegnet dem, die Bedingungen zur Entwaffnung seien nicht gegeben: Es müssten erst die finanziellen Mittel gefunden werden, um Arbeitslosen, jungen Leuten und der mittellosen Bevölkerung insgesamt Alternativen zu bieten und so den Banden die Basis abzugraben. Das ist erstaunlich.

Die Beziehungen zwischen der haitianischen Regierung und MINUSTHA stehen im übrigen nicht zum Besten. Mit einem außerordentlich breiten Mandat, das von der Unterstützung der Justizreform und den Vorbereitungen der Wahlen über die Gewaltbekämpfung bis zur Unterstützung der Polizei geht, macht MINUSTHA den Eindruck einer Parallelregierung. Einmal pro Woche organisiert MINUSTHA eine Pressekonferenz, um die Bevölkerung über ihre Aktivitäten zu informieren, ganz offensichtlich ohne sich zuvor mit der Regierung abzusprechen. Während unseres Aufenthalts etwa verkündete MINUSTHA, noch mindestens zehn Jahre in Haiti zu bleiben. Diese Erklärung rief in der Bevölkerung Proteste hervor. Der Premierminister sah sich gezwungen, auf die Ankündigung von MINUSTHA zu reagieren und zu präzisieren, dass die Verweildauer der UN-Truppen von den Bedürfnissen des Landes abhinge. Warum die Rede von zehn Jahren? Warum nicht fünf oder fünfzehn? Warum wurde die Regierung nicht konsultiert? Auch dies ist merkwürdig.

Die Situation Haitis ist vergleichbar mit der Lage verschiedener afrikanischer Länder. Das Problem der Schwächung des Staates als Institution, die in den 80er Jahren mit der Einführung der Strukturanpassung begann,

setzt sich bis heute fort. Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Dienste und die Öffnung lokaler Märkte für Importprodukte sind zum Dogma und zur Bedingung der Geber für die Gewährung von Entwicklungshilfe geworden. Die meisten afrikanischen Regierungen sind bewusst oder unbewusst in die Falle getappt. Da die meisten dieser Regierungen Diktaturen waren, deren einziges Interesse darin lag, an der Macht zu bleiben, gaben sie den Gebern nach. Das Ergebnis davon sind Staaten, die nicht mehr in der Lage sind, ihre eigentlichen Vorrechte wahrzunehmen, um die elementaren Bedürfnisse ihrer Bevölkerungen zu befriedigen.

Eine demokratisch ins Amt gekommene Regierung wie im Falle Haitis steckt in einer solchen Situation in der Klemme. Auf der einen Seite stehen die legitimen Forderungen einer Bevölkerung, denen nicht nachzukommen ist, weil auf der anderen Seite die Geldgeber die Vergabe von Hilfe an Auflagen binden, die den Interessen der Bevölkerung zuwiderlaufen. Die Folgen sind absehbar mehr als schwerwiegend. Auf die Enttäuschung nach demokratischen Wahlen folgen politische Instabilität, Raubbau an mageren Ressourcen und wirtschaftliche Ausbeutung durch multinationale Unternehmen.

Damit er seine Aufgaben wahrnehmen kann, muss der Staat als demokratische Institution rehabilitiert werden. Entwicklungszusammenarbeit muss demokratische Staaten befähigen, soziale Infrastrukturen (wieder) in Stand zu setzen: Schulen, Gesundheitswesen, öffentliche Verwaltung, Polizei, Justiz und alles, was ihm sonst noch zukommt. Wenn die internationale Hilfe schon nicht die Probleme lösen kann, soll sie wenigstens nicht dazu beitragen, sie zu verschlimmern. ♦